

Volksblatt

Sozialdemokratische Tageszeitung für Halle und den Bezirk Merseburg

Das „Volksblatt“ erscheint mit täglichen Beilagen sowie „Gold und Zeit“, 66 ist Publikations-Organ der gemäßigten u. demokratischen Organisationen u. erw. Organ vielfach. Vertrieben. Schriftleitung: Dr. Wäckerle & Verlags-Gesellschaft, Str. 240/5, 240/6, 240/7. Persönliche und Anzeigenvermittlung mittags von 12 bis 1 Uhr. — Inseratentafel einschließlich Druckkosten ist nach dem Maßstab zu befragen

Bezugspreis monatlich 2,00 RM. u. 0,30 RM. Publikationsgebühr, inbegriffen 2,30 RM., für Abnehmer wöchentlich 0,50 RM., Vorbestellungspreis 2,30 RM., durch Vorbestellen gespart 2,70 RM., bei direkter Einlieferung an den Verlag 2,00 RM. — Anzeigenpreis 15 Pf. im Anzeigen- und 30 Pf. im Restanteil der Wäckerle & Verlags-Gesellschaft Dr. Wäckerle & Verlags-Gesellschaft, Str. 240/5, 240/6, 240/7, 240/8. Reichsdruckerei 2010 Gera

Sozialdemokratie steht rein da

Schuldige werden rücksichtslos entfernt Ein kommunistischer Stadtrat war der junge Mann der Klareks

Der Bezirksvorstand der SPD, Berlin, wendet sich am Mittwoch anlässlich der hinter und liegenden Gemeindefürsorge mit einem Aufruf an die Berliner Mitglieder, dem wir folgendes entnehmen:

„Die Sozialdemokratische Partei in Berlin hat seit ihrem Bestehen noch nie einen so schweren Wahlkampf führen müssen, als den, der am 17. November seinen Höhepunkt gefunden hat. Die Kommunisten in Gemeinschaft mit den bürgerlichen Parteien haben die Klareks-Affäre gewissenslos gegen die Sozialdemokratische Partei ausgebeutet. Obwohl Angehörige der Demokratischen Partei, der Deutschen Volkspartei und Kommunistischen Partei, wie die Herren Stadtrat Wege, Stadtrat Benedek, der ehemalige demokratische Stadterbörnche Rosenthal und die Stadträte Häbel und Degener, den Gehörlosen Klareks stets zu Diensten waren, hat man sich nicht gehütet, unserer Partei die Schuld zuzuschreiben. Bevor eine Untersuchung überhaupt abgeschlossen war, hat man Männer des öffentlichen Lebens als Lügner und Verleumder bezeichnet. Jetzt steht nach dem Bericht des untergeordneten Regierungsbeamten Lepohl vor dem Untersuchungs-Richtstuhl des Landtags, daß der kommunistische Stadtrat Degener „der böse Geist der ganzen Verleumdungskampagne der Klareks war.“

Normalerweise ist eine Partei — und das gilt für alle Parteien — verantwortlich zu machen, wenn einzelne gefehlt haben. Die Sozialdemokratie hat von Anfang an erklärt, daß sie rücksichtslos und ohne Ansehen der Person und deren Stellung vorgehen wird, wenn bewiesen ist, daß ihre Vertrauensmänner auch nur die geringste Schuld auf sich geladen haben. Sobald die Feststellungen des Untersuchungsrichters bekannt sind, wird gemäß dem Beschlusse des Bezirksparteitages vom 12. Oktober vorgehen. Es sollte bei allen Parteien die allgemeine Rechtsauffassung herrschen, daß erst nach erfolgter Ueberprüfung der Beweismittel beurteilt werden kann. Was in diesem Wahlkampf von unseren Gegnern an Verleumdungen geschieht werden wir, wie geboren aus dem Haß gegen die Sozialdemokratische Partei und harte des Joses, die harte Position der Partei zu erklären und damit den Angriff der Arbeiterklasse im Berliner Rathaus zu brechen.

Unermüdbare Arbeit führte der Partei in den letzten Wochen neue Kämpfer zu. Jetzt gilt es, erst recht alle Kräfte einzusetzen! Nach wie vor werden wir Sozialdemokraten für den Aufstieg der Arbeiterklasse kämpfen. Trotz aller Hege unserer politischen Gegner rufen wir: Es lebe die Sozialdemokratie!

Recht ist!

Ein Schieber aus der SPD, ausgeschlossen.
Der engere Bezirksvorstand der Sozialdemokratischen Partei von Groß-Berlin hat am 12. November einstimmig beschlossen, das Mitglied Schünning, Generaldirektor der Berliner Beba, aus der SPD, auszuschließen.

Schünning hat mit den Gebrüdern Klarek „Privatgeschäfte“ getätigt. Der engere Bezirksvorstand von Groß-Berlin sah in dem Verhalten Schünnings einen Verstoß gegen die Parteimoral.

Geschäftspraktiken in Berlin. Neue Feststellungen im Klareksauschuss

Der Klareks-Ausschuss des Preussischen Landtages vernahm am Dienstag zunächst den früheren Direktor der AGS und AGS, Klarek. Es stellte sich heraus, daß nicht, wie der kommunistische Abgeordnete Kalper behauptet hat, Klarek Duldorfer war und durch sozialdemokratische Propaganda ins Amt gekommen ist. Klarek war vielmehr von Beruf Textil-Kaufmann und vor dem Krieg Mitglied einer Dugend. Als Individuenpflichtiger wurde er während des Krieges der Gemeindefürsorge überwiesen und war in deren Nebenstelle tätig, wurde zu deren Leiter und dann

auf Empfehlung des dortigen zuständigen Referenten nach Berlin übernommen. Klarek besetzte mit Entschiedenheit, irgendeine gegen die Feststellungen zu haben, richtig sei nur, daß er im Jahr 1924 für die AGS für 2 1/2 Millionen Mark Waren gekauft habe, aber im ausdrücklichen Auftrag des Aufsichtsrates und nach vorheriger ausdrücklicher Zustimmung des Räumers, der das Geld zur Verfügung stellte. Er habe damals nicht an die Stabilisierung gedacht. Durch seine Spekulation sei die AGS selbsterfüllend und später liquidiert worden müssen. Vor dem Liquidationsbeschlusse habe er den Aufsichtsrat und den Räumers persönlich darauf aufmerksam gemacht, daß mit einem großen Verlust zu rechnen sei. Als dieser eintrat, sei er nicht entlassen worden, sondern auf eigenen Wunsch wegen der dauernden Angriffe und Hetereien ausgeschlossen.

Hierauf wurde Direktor Schünning, früherer besetzter Stadtrat, vernommen. Er erklärte, daß er vor dreizehn Jahren aus dem Magistrat ausgeschieden sei, kleinerer Mann bestehe und deshalb nur aus der Erinnerung ausginge. Die

AGS habe überhaupt nicht zu seinem Referat gehört; er habe nur im Aufsichtsrat gesessen und die Situation besprochen, weil er diese Art Aktienverkauf nur für die Wohlhabenden empfand und sich nicht für eine Aufgabe der Stadt gehalten habe. Im Anschaffungsamt habe er sachliche Differenzen mit Direktor Klarek gehabt, der aus liebsten ein großes sündhaftes Warenhaus aufgebaut hätte, während Schünning den Standpunkt vertrat, daß eine eigene Lagerhaltung unnötig sei, daß der Bedarf der Stadt nach dem Etat leicht festgestellt und durch ein zentrales Anschaffungsbüro mit großem Personal bedient werden könnte. Solange er im Anschaffungsamt gewesen sei, sei von einem Monopol der Klareks auf Textilwaren nie die Rede gewesen.

Auch Direktor Schünning wurde nach schloffen Einzelheiten aus seiner Amtszeit gefragt, lehnte aber schließend die Beantwortung der Fragen mit der Erklärung ab, er wisse wirklich nicht mehr, was er in einer Sitzung vor fünf oder sechs Jahren gesagt hätte. — Der Ausschuss vertrat sich dann mit nächster Woche.

Streber, Spikel und Provokateure

So beurteilen kommunistische Stadträte ihre Partei

Paris, den 21. November.

Die 6 kommunistischen Pariser Stadträte, die kürzlich aus der kommunistischen Partei ausgeschlossen wurden, haben am Mittwoch einen Aufruf veröffentlicht, in dem es u. a. heißt:

„Im Schatten der russischen Revolution hat es eine Schaar ehrsüchtiger Launen und Verneiner gegeben, sich der Bewegung eines Teiles der arbeitenden Proletarier zu bemächtigen und sie unaufrichtig dem Runden entgegenzuführen. Rein erster Mann kann heute noch in einer Partei bleiben, die unfruchtbar ist, sich von der Partei der Spikel und Provokateure zu lösen, dafür aber ihre besten aktiven Mitglieder verliert.“

Die Partei verliert in den großen Industriezentren unaufrichtig ihren Anhang, auf dem Pande unablässiger Versuch, in

den Parteigliedern Aufführung. Der große Wahlsieg vom 1. August, der der Partei Bestenlaube neue Kämpfer zuführen sollte, hat in Wirklichkeit in Frankreich nur 253 neue Mitglieder aufzubringen vermocht. Auf allen Gebieten der Organisierung der Arbeiterkräfte sind die Erfolge langer Arbeit, ungläublicher Mühe und Aufopferung fast vollständig ruiniert, das Geld Tausender fleißiger Arbeiter ist nutzlos verschwendet.“

Schließend fündigen die 6 ausgeschlossenen Gemeindefürsorge an, daß sie als Antwort auf alle Schmähungen und Verleumdungen der Kommunisten, nur mit der sachlichen Sprache der Ziffern der Wahlen entgegen werden, die hinreichend, um ein unumkehrbares und fürchtbares Gericht gegen die Menschen und Methoden zu statuieren, von denen der Kommunismus in Frankreich heute geleitet werde.

Unterstützung der Arbeiterregierung

Ihre Erfolge in der Außen- und Innenpolitik

London, 19. November. (Wg. Draht.)

Scharfe Angriffe, die von dem Vorherrschen der unabhängigen Arbeiterpartei Maxton unabhängig gegen die Arbeiterregierung erhoben wurden sowie die Arbeit Maxtons und seiner engeren Freunde, am Donnerstag im Unterhaus die Verbesserung des Gesetzeswesens der Regierung zur Verbesserung der Arbeitslosenunterstützung zu beantragen, hat 66 Abgeordnete der unabhängigen Arbeiterpartei zu einer Erklärung veranlaßt, in der es heißt, daß die von Maxton und seinen Freunden eingenommene kritische Haltung gegenüber der Regierung nicht als die Auffassung der unabhängigen Partei zu beantragen sei. In der Erklärung heißt es wörtlich:

„Angesichts der glänzenden Leistungen der Regierung auf außenpolitischem Gebiet in Haag, in Genf und in Washington, angesichts ihrer prächtigen Haltung gegenüber Mexiko und Indien, ihrer Wiederkehrnahme der guten Beziehungen zu Russland, ihrer Entschlossenheit, das Schicksal zu erhöhen, ihre Bemühung, einer halben Million Witwen eine bessere Pension zu gewähren, ihrem Entgegen-

kommen und ihrer Hilfe für die lokalen Behörden zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, ihrer Bemühung, die Notlage der Erwerbslosen zu erleichtern, erklären wir hiermit nachdrücklich, daß unsere wichtigste Aufgabe im Parlament darin besteht, der Arbeiterregierung bei der Verwirklichung ihrer Aufgaben beistehend zu sein.“

Der Präsident des Bergarbeiterverbandes Gerdert Smith ist von seinem Posten zurückgetreten. An seine Stelle tritt bis zum nächsten Vorstandstag der Vizepräsident des Verbandes Tom Richards.

Attentat auf einen Gesandten.

Mittwoch früh wurde der chinesische Gesandte in Brüssel in den Räumen der Gesandtschaft von sechs Chinesen, die von ihm die Freilassung eines infolge eines früheren Zwischenfalls verhafteten Bankmannes forderten, tödlich angegriffen und leicht verletzt. Die Angreifer wurden festgenommen.

Wieviel Stimmen sind ungültig?

Die Entscheidung des Reichswahlprüfungsausschusses zum Volksbegehren.

Der Reichswahlprüfungsausschuss tritt zur endgültigen Entscheidung über die Eingebungen für das Volksbegehren voraussichtlich am kommenden, dem 23. oder am Montag, dem 25. November, zusammen. Er hat nicht nur über kritische Fälle zu entscheiden, sondern auch die Entscheidungen der Kreiswahlprüfungsausschüsse im einzelnen nachzuprüfen. Das gilt insbesondere für die Reichs- oder Untereingebungen der von Haus zu Haus getragenen Eingebungslisten, die z. B. von dem Wahlprüfungsausschuss für Medienburg-Eubed als rechtmäßig anerkannt worden sind. Die Frage, ob die von Haus zu Haus getragenen Listen anerkannt werden müssen, ist stark umstritten. Das Gesetz sagt darüber nichts Bestimmtes. Immerhin heißt es in ihm, daß die Listen „ausgelegt“ sind. Auslegen und Zerumtorten lassen sich unferes Erachtens schwer miteinander vereinbaren.

Die Reichswahlprüfungsausschuss setzt sich aus je einem Vertreter der sechs größten Parteien zusammen. Vertreter der Sozialdemokratie ist der Reichstagsabgeordnete Dittmann.

Die Meinung eines Berliner Abendblattes vom Dienstag, daß bisher in Ostpreußen und Pommern 10 000 Eingebungen für ungültig erklärt worden sind, beruht auf privaten Kombinationen. Im Bureau des Reichswahlprüfungsausschusses liegen die amtlichen Ergebnisse aus Ostpreußen und Pommern bis heute noch nicht vor, während der größte Teil der anderen Wahlkreise bereits berichtet hat.

Mexikos neuer Präsident.



Zum neuen Präsidenten Mexikos wurde nach heutigen Wahlen Pascual Ortiz Rubio gewählt.

Sozialdemokraten will man ausschalten.

Schwierigkeiten bei der Regierungsbildung in der Tschekoslowakei.

Prag, den 21. November.

Die Verhandlungen über die Bildung der neuen Regierung haben bisher immer noch zu keinem Ergebnis geführt. Die Bestrebungen der bürgerlichen Parteien gehen dort hin, die deutschen Sozialdemokraten überhaupt von jeder Regierungsbildung auszuschließen, während die tschechischen Sozialdemokraten nur unter der Voraussetzung in eine Regierung einzutreten bereit sind, daß auch die deutschen Sozialdemokraten beteiligt werden.

Mit der Ausscheidung der deutschen Sozialdemokraten verliert das Bürgertum die Stärke des sozialdemokratischen Blockes und seine Anforderungen unmerklich zu machen. Die Verhandlungen werden fortgesetzt.

Gefängnis für Ehebruch?

Erfolgreicher Kampf der Sozialdemokratie gegen mittelalterliche Sefesgebungen

Der Strafgesetzbuch des Reichstages lehnte am Dienstag die Bestrafung des Ehebruchs mit Gefängnis ab. Nach dem entsprechenden § 312 des Entwurfs sollte mit Gefängnis bis zu einem Jahr bestraft werden, wer die Ehe bricht. Die Tat sollte nur auf Verlangen des verletzten Ehegatten und nur dann verfolgt werden, wenn die Ehe wegen des Ehebruchs gelöst worden ist.

Die Sozialdemokratie gegen den Bestrafungsumflug.

Frau B. Füllf (Soz.) beantragte die Streichung des Antrages. Der Strafbestimmung fehle jede Begründung. Sie halte sich an den elastischen Bruch der Ehe und mache diese strafbar, während sie andere Handlungen, die sich in viel höherem Maße gegen das Wesen der Ehe richteten, straflos lasse. Außerdem würde nur ein ganz kleiner Teil der Ehebruchfälle strafrechtlich verfolgt, so daß die Strafbestimmung wirkungslos sei. In den meisten Fällen, in denen Strafverfahren wegen Ehebruchs gestellt werde, gehe es nicht um moralischen Grund, sondern um das Ehegattens oder der Erbschaft. Es könne nicht Aufgabe des Gesetzgebers sein, eine Bestrafung zu unterstellen, wie sie sich in den Strafverfahren wegen Ehebruchs zeige. Die Erfahrung habe gezeigt, daß die anständigen und feinführenden Menschen das Recht auf Stellung des Strafverfahrens wegen Ehebruchs nicht mißbrauchen.

Die Abg. Maslowski (Komm.) und Ehrmann (Dem.) erklärten sich für die Streichung des § 312. — Abg. Hanemann (Soz.) verlangte die strafrechtliche Verfolgung der Ehebrüche, ohne Rücksicht darauf, ob Strafverfahren gestellt werde. — Abg. Kahl erklärte, daß ihn die Statistik der Verurteilungen bedenklich mache. In den meisten Fällen (200 bis 300 in den letzten Jahren) sei nur auf Geldstrafe erkannt, in 123 bis 143 Fällen sei in den letzten Jahren auf Strafe unter 3 Monaten Gefängnis und nur vereinzelt auf höhere Strafen erkannt worden.

Der Justizminister v. Güterbad erklärte sich für § 312. Seit alle Kulturstaaten erklären den Ehebruch für strafbar. Strafflos sei er nur in England, einigen Schweizer Staaten und in Rußland. In England unterliege der Ehebruch der Aburteilung durch geistliche Gerichte. Das durch den § 312 geschützte Recht sei die Ehe, die Grundlage des Staates. Der Ehebruch sei vom Standpunkt religiöser Beurteilung eine verwerfliche Handlung. Die monogame Ehe sei eine der wichtigsten Grundlagen des Staates. Auch die Verfassung habe die Ehe unter besonderen Schutz gestellt. Der Staat müsse für die Reinhaltung der Familie sorgen und deshalb den Ehebruch bestrafen. Jegliche Verurteilung wegen Ehebruchs sei aus Rücksicht auf die Ehe als ein gültiger Eheverbindung zu erpressen, aber auch andere Strafbestimmungen könnten mißbraucht werden und würden deshalb doch für notwendig erachtet. Weisste Kreise unseres Volkes könnten auf den strafrechtlichen Schutz der Ehe nicht verzichten. Die Verbeibehaltung einer Strafverurteilung wegen Ehebruchs sei geboten.

Abg. Sandberg (Soz.): Als

Veritas der Ehebrüche verurteilt.

Ist er gewiß nicht in den Verdacht gekommen, den Ehebruch nicht zu mißbilligen. Die Streichung der Strafbarkeit des Ehebruchs bedeute noch nicht, daß er gelöst werde. Wenn man die Streichung der Strafbarkeit des Ehebruchs für richtig halte, müsse man die Streichung vornehmen, ohne sich dadurch hindern zu lassen, daß die Öffentlichkeit das nicht verstehen werde. Wenn sich aus der Anerkennung der Ehe als Grundlage des Staates die Notwendigkeit der Strafbarkeit des Ehebruchs ergebe, dann wäre er ein schweres Delikt gegen den Staat und wäre nicht von einem Strafverfahren des anderen Ehegatten abhängig. Wenn die höchsten Götter der Nation auf dem Spiel ständen, dürfe man die Verfolgung nicht von dem Willen des einzelnen abhängen lassen. Der Fall des Ehebruchs sei auch nicht der einzige schwere Verstoß gegen ethische Pflichten. Konsequenz müsse man jeden Verstoß gegen die Grundzüge der Ehe unter Strafe stellen, wenn man den Ehebruch für strafbar erkläre. Die ganze wirtschaftliche Struktur der Gesellschaft habe sich in letzter Zeit geändert. Früher sei die Frau weislos gewesen, heute sei der Frau die Möglichkeit gegeben, sich wirtschaftlich selbst zu erhalten, und das gebe ihr die Möglichkeit, gegen den Mann die Scheidungsfrage anzutragen. Infolge dessen würden heute mehr Eheprozesse geführt als früher. Das beweise aber nicht, daß früher weniger Ehebrüche vorgekommen seien als heute. Keinesfalls sei ein Straf-

gesetz geeignet, den Ehebrüchen vorzubeugen. Mit dem Strafgesetz werde man die Ehe nicht erfolgreich schützen.

Abg. Gumminger (B. Sp.) wies darauf hin, daß

jährlich 15 000 Ehen geschlossen werden. Wenn auch hier von einigen Fällen nur ein kleiner Teil strafrechtlich verfolgt werde, so sei die Strafbarkeit doch notwendig, um die Ehe zu schützen. — Dr. Rosenfeld (Soz.) richtet die Frage an die Justizverwaltung, ob denn von der strengsten Freiheitsstrafe überhaupt auch nur eine geringe Milderung begehrt werden. — Landgerichtsdirektor Kießig erklärte für die preussische Justizverwaltung, daß das Justizministerium sich niemals mit Gnabensuchen von Ehebrüchern zu befassen gehabt habe, daraus gehe hervor, daß die Freiheitsstrafen von den Gerichten ausgeübt wurden. — Ministerialrat Dr. Dürer erklärte für die bayerische Justizverwaltung, daß das bayerische Justizministerium sich ein einziges Mal wegen Ehebruchs mit einer Freiheitsstrafe beschäftigt und in diesem Fall zu einer Geldstrafe verurteilt habe.

Dr. Rosenfeld (Soz.) stellte daraufhin fest, daß die wegen des Ehebruchs vorgehene Strafbilligkeit auf dem Papier hänge, eine Geldstrafe würde niemand, der den Ehebruch für eine besonders schwere Handlung halte, als eine anderweitige Strafe begehren können. Wenn man aber noch festhalten werde, daß nicht einmal in den meisten Fällen, bei denen auf Freiheitsstrafe erkannt worden sei, diese verhängt worden sei, dann zeige sich recht recht, wie hinfällig und überflüssig die ganze Strafverurteilung sei.

Die Abstimmung ergab Stimmengleichheit. Damit fiel § 312 des Strafgesetzbuchs.

Verfassungskompromiß in Osterreich?

Wien, den 21. November. Der Vorstand der sozialdemokratischen Partei hat für Sonntag eine Reichstagskonferenz nach Wien mit der Tagesordnung einberufen. Die Verfassungskompromiß. Die Konferenz wurde in Anbetracht der Verhandlungen der Sozialdemokratie mit Bundeskanzler Schöber über die Verfassungsreform notwendig.

Revolverattentat auf einen Sozialdemokraten.

In der Nacht zum Dienstag gegen 1 Uhr verurteilten drei Heimattüpler in Bruck (Steiermark) auf den sozialdemokratischen Kandidatenoberordneten Wallich ein Revolverattentat. Als die Heimkehrer Wallich erkannt hatten, jagt einer einen Revolver. Die Waffe verlor jedoch. Wallich konnte unterdessen sein Haus erreichen und die Heimkehrerleute dadurch einen Augenblick lang in Schach halten, daß er ihnen rief: „Halt oder ich schieße!“ Während er die Banktür öffnete, bogannen die Heimkehrerleute auf sein Wohnhaus zu schießen.

Der Verhaftete ist es inzwischen gelungen, die drei Attentäter in Kapfenberg festzunehmen. Der eigentliche Täter, der drei Schüsse auf das Haus von Wallich abfeuerte, ist ein Hilfsarbeiter und Heimkehrermitglied namens Schmid. Die Tat habe er aus Haß gegen Wallich begangen.

Polen ohne Verfassung.

Leher auch starke Senz und Kongreßprengung.

Der stellvertretende Vorsitzende des Regierungsrates und bisherige Führer der konservativen Fraktion, Fürst Kobylow, erklärte in einer Rede in Krakau, daß die polnische Verfassung in Wirklichkeit bereits seit dem Jahre 1926 zu bestehen aufgehört habe, ohne daß eine neue eingeführt wäre. Der Regierungsrat würde die Durchführung der Verfassungsreform auf dem Wege der Gesetzgebung. Falls aber dieser legale Weg verweigert werde, so würde der Regierungsrat vor anderen Mitteln nicht zurückweichen. Der Schlüssel der entscheidenden Lage befände sich in der Hand Pilsudskis.

Der sozialistische „Robotnik“ ist am Dienstag zweimal beschlaggenommen worden, und zwar zunächst wegen des Abdrucks eines Artikels des belgischen Sozialistenführers Vandervelde über Polen. Die zweite Beschlagnahme erfolgte unter Hinweis auf eine innenpolitische Betätigung des Blattes.

Im Verlaufe eines hier stattgefundenen Kongresses der radikalen Kleinbauern-Partei brang Pilsudski in Osterreich von 25 Mann in das Verfassungslager ein und warf die Delegierten unter Zwang in Verhandlungen hinaus. Der Zwischenfall hat in den Reihen der Bauern große Erregung hervorgerufen.

Aufführung im Stadttheater

Nacht in Polen 1812

Drama von Hermann Hiltensin.

Zeit zwei Jahrzehnte ringt Hermann Hiltensin am Vorabend des Dramatikers. Zweifellos zählt er zu den Besten unserer Dichtergeneration. Zum großen Erfolg aber fehlt ihm doch das Beste. Einerseits die Strapazierfähigkeit eines geschickten Bühnenintendanten als auch andererseits die Tiefe und revolutionäre Fähigkeit der Gedanken. Diese Schwäche trägt auch das neueste Bühnenwerk des Dichters „Nacht in Polen 1812“, das Dienstagabend seine Aufführung im hiesigen Stadttheater erlebte. Sicherlich ein interessanter Stoff. Die furchtbare Tragödie der großen Arme Napoleons in den Schneewüsten Rußlands und in diesem Waffendrama noch das tragische Einzelschicksal dreier Männer im Kampf um seine Frau. Welleid ist dem Dichter die Darstellung des Zusammenstoßes einer bis zum Wahnsinn gesteigerten Ergebenheitsbegehr nach dem besten gelungen. Macht der Krieg für alle Menschen mehr oder minder zum Tier der unglücklichen Ausgang des Feldzuges und die Schrecken des Rückzuges 1812 habe die einst so glänzende Arme Napoleons in hilflose Opfer aufgelöst, bei denen jeder Soldat und Offizier einzeln rücksichtslos um die Sättigung seiner Hunger- und Liebestriebe kämpft. Diese Katastrophe des größten Heeres Napoleons hat Hiltensin in wenigen Epochen glaubhaft skizziert. So treten die Soldaten lärmend ihren Vorgesetzten gegenüber, weil sie endlich zur Erkenntnis gekommen sind, daß sie daselbst nicht auf die Genüsse des Lebens haben wie die Herren Offiziere. Die maranteste Verleppung dieser lebenshungrigen Soldatenmeute ist allerdings der Rittmeister Rabiolle. Mit demselben Nihilismus befaßt er seine Soldaten wie auch seine Offizierskameraden, wenn es gilt, einen persönlichen Wunsch zu befriedigen. Aus dieser egoistischen Selbstmühseligkeit heraus ist er auch als der einzige in der Lage, den Ergebenheitswahnsinn seines Kaisers klar zu erkennen und treffend zu charakterisieren.

Die anderen Offiziere allerdings ergötzen sich am Schluß des Stückes in einer pathetischen Verherrlichung Napoleons. Mögen sie und deshalb auch verbündet erscheinen. Immerhin erlagen sie der Suggestion, die von dem trotz all seiner Schwächen und Irrtümer seltenen Wanne ausging. Das bringt uns Hiltensin in diesem Stück zum überzeugenden Verständnis. Mit solchen Menschen konnte ein Napoleon noch zwei Jahre lang nach dem Zusammenbruch in Rußland ganz Europa überziehen.

Unklar und nicht immer überzeugend ist dagegen die Haupthandlung des Stückes geschildert: Der Kampf dreier Männer um eine Frau. Gatto drei Hiltensin Angst, Konsequenz zu gestalten? Zwar schildert er die Ehegattens zwischen dem reifen Mann und dem jüngeren Weib. Aber er hat nicht den Mut, dazu auch einen Strophen für eine weitere Ehe auf die Bühne zu stellen. Der Oberst Saint Marin vertritt zwar glaubhaft seinen überdehnten Herrenstandpunkt des Ehemannes. Aber würde sein Gegenüber Kapitän Arnoux sich an seiner Stelle nicht ebenso energig abgeben? Unklar geblieben ist vor allem die Frau des liebreichen Mariette. Sie ist weder Charakteristisch, modern, um ihr Anrecht auf das besten kämpfenden Frau, noch andererseits ein hundertprozentiges Triebwesen, um die Leidenschaft der drei Männer für sie glaubhaft zu machen. Allerdings bleibt die Frage offen: Entschiedet die Mariette Figur dießlich verzeichnet oder nur in dieser Befragung verwickelt? Jedenfalls hätte eine härtere Herausarbeitung eines vielrührerischen Romanpops die Mariette glaubhafter gestaltet als die juridikalische Darstellung Annellee Johnsons.

W. Dietrich hatte als Spielleiter für gestrafft und teilweise plastische Darstellung Sorge getragen. Das Rittmeister als Oberst Saint Marin fand besonders im dritten Akt wirksame überzeugenden Ausdruck für die Tragödie des alternden und betrogenen Ehemannes und Offiziers. Besonders blickt dessen Gattin R. Hiltensin auf Kapitän Arnoux. Allerdings ist gerade die Beziehung zum Dichter am ungeschickten gestaltet. Vollständig dazugegen Fritz Reichert in

Woher stammt das Lettsche?

Ein Konglomerat aller indoeuropäischen Sprachen.

Die Sprachen der baltischen Völker sind noch relativ wenig erforscht. Die finnisch-ugrische Sprachforschung hat der estnischen und finischen Sprache, die an der Ostsee einen bedeutenden Platz einnehmen, bereits feste Entwidlungsgrenzen gegeben, während der Ursprung der lettischen Sprache stets im Dunkel blieb. Der deutsch-baltische Linguist Diez hat in den letzten Jahren den Versuch unternommen, die Grenzen des lettischen Sprachgebietes im Mittelalter zu ziehen. Fast hielt, daß im lettischen Idiom sich alle indoeuropäischen Sprachfamilien vertreten find. Die Erforschung dieser Sprache dürfte daher über die Verbindungen in indoeuropäischen Sprachstamm sowie über den Ursprung der Kultur dieses Volkes reiches Aufschluß geben. Dieser Tage ist in Dorpat ein Wert des deutschen Gelehrten Max H. Moore, betitelt: Die Eisenzeit in Lettland bis 500 n. Chr., erschienen. Moore vertritt auf Grund des vorhandenen Materials die Ansicht, daß in grauer Urzeit Lettland seine ersten kulturellen Anregungen aus Ostpreußen und über dieses Land hinaus von noch jüdischen indoeuropäischen Völkern erhalten habe. Diese Anregungen hätten sich nicht nur auf Lettland beschränkt, sondern es seien verschiedene Parallelerscheinungen auch in Estland zu beobachten. Es sei daher mit Bestimmtheit anzunehmen, daß die germanischen Völker kulturell einen entscheidenden Faktor im Entwidlungsgang dieser baltischen Völker darstellten.

Für Sozialpolitik und Republik

Die Unterredung des neuen Berliner Bischofs - Der Katholizismus vertritt sich anzuweisen.

Berlin, den 21. November.

Am Mittwoch stellte sich der neue Bischof von Berlin, Dr. Schreiber, in Gegenwart vieler Reichs- und Staatsminister im Berliner Sportpalast den Berliner Katholiken vor. Schreiber sprach bei dieser Gelegenheit über das Thema „Bischof und Volk“, in dessen Verlauf er u. a. ausführte, daß er die Arbeitslosenvermittlung als eine Selbstverständlichkeit betrachte, da die Pflicht des Staates sei, den Arbeitslosen entweder Arbeit zu schaffen oder finanzielle Hilfe anzuweisen zu lassen. Schreiber befaßte sich auch mit anderen politischen Gegenwartproblemen, zu denen er im Sinne republikanischer Parteien positive Stellung nahm. Über seine Einstellung zur Republik äußerte er sich wie folgt: „Ich habe bejahend zum neuen Staat. Wie zur Revolution habe ich mit ganzer Seele der Monarchie angehört, nach der Revolution haben die Monarchen auf ihre Rechte verzichtet, und in freiwilliger Wohlthat hat sich die überlebende Mehrheit des deutschen Volkes für die Republik entschieden. Deshalb ist es Pflicht aller Katholiken, alle Umstände zu bejahen, und ich appelliere an alle Staatsbürger, besonders mit Rücksicht auf die schweren Fragen der Außenpolitik und der Wirtschaft, diesen Streitposten zu beistimmen.“

Und das ist die Blüte der Nation?

DER ELEGANTE HERR TRÄGT:



Zu den Erkennungsmerkmalen in Wien und Berlin (Karicatur aus „Das von Berlin“).

München als „Kulturstadt“.

Die Münchener Polizeidirektion hat die im Münchener Schauspielhaus geplante Erstaufführung des Stückes „Verbrechen“ von Ferdinand Bröner mit der Begründung verboten, das Stück sei geeignet, das Vertrauen der Bevölkerung in die Rechtspflege zu erschüttern. Gegen dieses Verbot protestiert der Schupherband deutscher Schriftsteller (Gau Bayern) mit folgender Erklärung: „Der Schupherband deutscher Schriftsteller (Gau Bayern) legt gegen diesen Verbot, die verfassungsrechtlich verbotenen Vorgehen auf Umwegen wieder einzuführen, den schärfsten Protest ein. Das Stück ist in Berlin, Wien und anderen Großstädten mit großem Erfolg aufgeführt worden, ohne daß aus diesem Grunde eine Entwürdigung des Vertrauens zur Rechtspflege eingetreten wäre. Das Stück behandelt die Rechtspflege und die Gefahren eines Justizirrtums — wie von hervorragenden Juristen mehrfach anerkannt wurde — als ein durchaus ernstes Problem. Umständlich muß dem Versuch eines Verbotens, der gesetzlichen Grundlagen entbehrend Eingriffe entziehen entgegengetreten werden.“

Ein Hundertjähriger als Dichter.

Anlaßlich des Todestages des neuen Gedichtbandes, den der englische „Poet Laureate“ Dr. Bridges an seinem 85. Geburtstag erschienen ließ, wird in der englischen Presse die Frage nach dem höchsten Alter, in dem ein namhafter Dichter mit einem neuen Buch an die Öffentlichkeit tritt, getreten ist. Nach den angestellten Ermittlungen scheint diesen Altersrekord der französische Dichter Verlaine zu halten, der seine Welt zum ersten Mal dem Weltergehen und dem Publikum zu seinen Pflichten nach hundertjährigem Alter im Jahre 1891 veröffentlichte. Er lebte 1814 geboren, um 1891 gestorben mit der Veröffentlichung eines neuen Bandes von Gedichten, die er während des laufenden Jahres geschrieben hatte.

Romödie und Verbrechen

zum Kongress der „Gewerkschaftsopposition“

Die Regierure der kommunistischen Revolutionäre haben für die Eröffnung der Winterfaison die Ausführung einer neuen Romödie angekündigt. Die Romödie trägt den Titel „Kongress der Gewerkschaftsopposition“ und soll am 30. November in Berlin in Szene gehen. Was heißt, es handelt sich eigentlich nicht um ein neues Stück, eher um eine Art Jubiläumsschmückung einer seit Jahr und Tag zerstückelten Romödie. Auf dem angehtinglichen kommunistischen Gewerkschaftskongress wollen sich die Zerplitterten und Spalter zusammenfinden und vereinigen.

Zerplitterte wollen aufbauen,
ein wilder Kampf will organisieren.
Man darf sich also auf ein richtiges Romödienpiel gefaßt machen. Auch bei der Neuaufführung der alten Romödie wird man die bekannten Brandzeichen gegen die „Gewerkschaftsopposition“, „Sozialfaschisten“ und „Sozialverräter“ wieder verwenden können. Ein Herd von Statisten wird das „Soll“ mimen und eine ganze Schar von echten und unechten Komödianten, von Schwächlingen, rabiaten Profiteuren und Raublingen wird ein paar Stündchen auf der Bühne herumstehen und große Worte machen, worauf man nichts weiter von ihnen hören wird.

Ein wilder Kampf ist kein Gewerkschaft.
Die „Belagerten“ der kommunistischen Gewerkschaftsopposition sind nichts anderes als eine Schar von Menschen, die sich amagen, im Namen der Arbeiterschaft zu sprechen. Schade, daß man den Phantasten nicht die Freunde machen kann, wenigstens einmal, sojagen im Experiment, ihre Wünsche zu erfüllen. Es würden dann staunen, wäre die Katastrophe der Arbeiterschaft nicht so ungebauerlich groß, würde ein Weggehen der kommunistischen Verbunden nicht unangelegentlich zum Zusammenbrechen des einzigen Mittelpunktes der Arbeiterschaft, zum Ruin der Gewerkschaften führen, so wäre, wie die „Gewerkschaftsopposition“ in einem Vorworte auf den angehtinglichen kommunistischen Gewerkschaftskongress, „eine umfassende

den Reihen der Gewerkschaftsopposition selbst, besonders in der Masse ihrer aktiven Mitglieder, löst die Durchführung der neuen revolutionären Linie immer noch in einer Reihe von Fällen auf gewisse Weise, mitunter sogar aktive „Reaktion“ vorant. Die Brandbeize, dieser Brandstiftung ist durch die Reichsberufungsinstanz oder neuen Momente in der Klassenstrategie in den bevorstehenden Klassenkämpfen in Deutschland gerichtet. Unter diesen Verhältnissen erhält die Mobilisierung der proletarischen Geister in der Frage der selbständigen Führung der Wirtschaftskämpfe und der bedingungslosen Durchführung der neuen Revolutionstaktik eine besondere aktuelle Bedeutung. Der bevorstehende Kongress der Gewerkschaftsopposition Deutschlands stellt sich gerade die Lösung dieser Frage zum Ziel.

Der Kongress soll also dafür sorgen, daß künftig die Führung der Wirtschaftskämpfe den Gewerkschaften entzogen und dann die „neue Revolutionstaktik“ angewandt wird. Das ist nicht gerade besonders neu. Schon seit Jahren versuchen doch die Kommunisten im Bund mit den Sympathisierenden und Inorganisierten der Arbeiterschaft eigene Kampfsitzungen zu bilden, die die „neue Revolutionstaktik“ durchzuführen sollen. Bis jetzt haben sie jedoch damit nur flüchtige Resultate erzielt. Der neueste „Erfolg“ der neuen Taktik ist in dem Exilistat S i m b a d e einzeln gestellt worden, wo die Unternehmer schließlich bittieren und Kampf und kommunistische Kampfsitzung zusammenbrach. Aufeinander beschränkt sich auch die „Brandbeize“ wenigstens für die nächste Zeit unter recht bescheidenen Erfolge von der neuen Revolutionstaktik. Sie fordert daher sofortige Kontrolle der „Tätigkeit gewisser revolutionärer Betreibenden, in deren Praxis in der letzten Zeit Fälle des Opportunismus, des legalistischen Verhältnisses zum reformistischen Gewerkschaftsapparat zum Vorschein kommen und die in dieser Hinsicht sich fast in Rücksicht von den reformistischen Betriebsräten unterscheiden.“ In Ja, der Teufel des Reformismus ist in den Betriebsräten nicht auszuweisen und wir fürchten, daß das nicht anders werden wird, wenn die andere Forderung der „Brandbeize“ zur Organisierung der revolutionären Gewerkschaftsopposition, nämlich die Schaffung einer verbreiteten vollstimmigen und zugänglichen revolutionären „Gewerkschaftsopposition“ durchgeführt ist.

Die „Minerbetriebebewegung“ in den Gewerkschaften.
Die der kommunistischen Gewerkschaftsopposition stehen ruhen soll, wird in Deutschland genau so sich zeigen wie in England. Ihr Erfolg wird nur in einer Schwächung der Kampfskraft der Arbeiterschaft bestehen und das am nächsten Zeit, wo die Reichsinstanz national und international zum Zusammenstoß drängen und sich bereits einbilden, die sterrische Arbeiterklasse wie ein Stück Woll auf und umgibt sie zu haben. Wie war die kommunistische Zerstückelungsarbeit ein schlimmeres Verbrechen an der freigeschaffenen Arbeiterschaft als in diesen Tagen.

wollt, Katenzengruppen und sonstige Gebilde. Lande von Wert werden bei politischen Wahlen für repräsentativste Befreiungen angeschlossen. Bei Schnelverhandlungen dagegen erklärt man, keinen Plötzlichen Lohnzulage geben zu können. Die Braunkohlearbeiter! denkt daran, wenn Ihr in diesen Tagen das darauf werdet, über den Euch aufgejagungen Lohnkampf zu entscheiden!

Schiedspruch im Lohnstreit der deutschen Schuhindustrie.

Berlin, den 21. November.
Im Lohnstreit der deutschen Schuhindustrie ist die Fülle die von dem Reichsminister nachfolgend

loher Verhandlung gefällte Schlichtungsausschuss am Mittwochabend einen Schlichtungsbericht heraus. Demnach soll mit Wirkung vom 1. Dezember 1929 der Mindestlohn bei männlichen Arbeitern über 21 Jahre, Christoffel 1, 95 Pf. betragen. Die übrigen Löhne sollen wie bisher gestaltet bleiben. Keinen Rechtsanspruch auf die Lohnzulage haben die getöten Arbeiter, deren Etundenlohn bei neuen Mindestlohn erreichen, und die Arbeiter, deren Verdienst den Durchschnittslohn erreicht oder übersteigt.

Die neue Regelung soll erstmalig zum 31. März 1931 ändbar sein. Die Parteien haben sich bis Mittwoch, den 27. November, über Annahme oder Ablehnung zu erklären.

Aus aller Welt

Zouboff und Bonner Polizei.

Der Fall Zouboff scheint sich zu einem Fall der Bonner Polizei auszuweiten zu wollen. Die Bonner Polizei läßt neuerdings mitteilen, sie habe Zouboff wegen seiner Verurteilung verhaftet, daß er nach Cronberg gehen wollte, wohin die Reise seiner Frau gebracht worden war. Bei seiner Verurteilung sei zu befürchten gewesen, daß er die öffentliche Ruhe und Ordnung gefährlich. Tatsächlich habe er bei seiner Verurteilung zugegeben, daß er als rechtmäßiger Ehemann das verbotene Recht über die Reise seiner Frau beanspruchen könne und diese habe mitnehmen wollen. In diesen Umständen hätte von seiner Verhaftung nicht abgesehen werden können, zumal Zouboff auch noch wegen anderer Straftaten vom Staatsanwalt verfolgt werde.

Das jedoch die sozialdemokratische „Reinigung“ der Bonner Polizei bei der Verurteilung nicht zum Vergehen und nicht zur Verurteilung hohlenlohnender Familienstände zu arbeiten, sondern nach Rechtsgrundlagen zu entscheiden: Bilden nach Brechen ist als Frau Zouboff gefahren. Zouboff hatte also die Rechte des Ehemannes an dem Leben seiner Frau, selbst wenn er sich in Haft befindet.

§ 51 für einen Universitätsprofessor

Und schon leitet auf bestigen Hoffnungen.
Der große Disziplinieren für nichtrichtige Beamte am Kammergericht Berlin kam in einem Verfahren gegen Professor von Wölter, wegen § 51 des Strafgesetzbuchs, zu dem Urteil, der Professor auf 6 Monate des Strafgesetzbuchs freizuspüren. Professor Wölter ist einer jener Hochschullehrer, die das Strafgesetzbuch gegen die Straftat und ihre Strafen benutzt haben. Die Öffentlichkeit hatte schon Gelegenheit, sich über ihn zu befahren. Es dauerte lange, bis gegen ihn ein Disziplinierungsverfahren eingeleitet wurde. Wenn der Senat ihn jetzt auf Grund des § 51 freispricht, so heißt das, daß der Senat keinen Zweifel darüber hat, einem geistig minderwertigen gegenüberstehen, mit dem zu rechnen nicht möglich ist. Die Rechtlosigkeit des Professors von Wölter hat damit ihr Ende erreicht.

Millionenkontur einer Bank.

Die Freiburgs Brauhaus Bäcker, die sich seit einiger Zeit in Schmierigkeiten befindet, hat heute früh ihre Zahlungen eingestellt. Die beiden Inhaber Bäcker und Herrling haben die Eröffnung des Konkursverfahrens beantragt und sich selbst der Staatsbankrott erklärt. Die in diesen Tagen im Raum des Bankrotts am Werk ist, hat die Zahlungen eingestellt. Die Polizei mußte zu erregten Anomalien. Die Polizei mußte

Neuport ist sentimental.

Neuport heißt Kopf — wegen einer Lanze.
An einem jener Tage, an denen die Geschickte Welt Neuports unter dem Schilde der großen Börsenpolitik ergriffen ist, in den Mittagsstunden ist der Kopf der 15. Straßenschilder des Reichsgerichts eine niedrige Persönlichkeit an den Arm genommen. Die Autos kommen nicht weiter, die Trams und die Busse laufen sich auf und laufen ab, aber Zankende stehen da und gucken. Wichtig ist in der ersten Stunde der Tag, eine Kompagnie Feuerwehrlente springt herüber.

Was war es gewesen? Eine junge Lanze hat sich in einer Höhe von 40 Meter mit dem Hängen in einer Schirm verfangen, die aus einer der Ausmündungen der Reichsbahn herabging. Wegen dieser Lanze war der Betrieb ins Stocken geraten und die Feuerwehrlente alarmiert worden. Die Leitern wurden in Position gebracht. Aber wie man sie auch stellte, es gelang nicht, bis zu der Höhe heranzukommen, um die Lanze herunterzulassen. Die Leiter wurden in Position gebracht. Aber wie man sie auch stellte, es gelang nicht, bis zu der Höhe heranzukommen, um die Lanze herunterzulassen. Die Leiter wurden in Position gebracht.

Der Mann, der den Finanzminister küssen wollte.

Der britische Schatzkanzler Philip Snowden hatte kürzlich ein merkwürdiges Erlebnis. Als Snowden sein Auto verlassen wollte, führte ein Mann auf ihn zu und küßte ihn mit dem Mund. Der Mann, der den Finanzminister küssen wollte, wurde verhaftet. Snowden erklärte, er habe den Mann nicht erkannt und habe sich nicht vorstellen können, daß er den Mann küssen würde. Der Mann wurde verhaftet und Snowden wurde von der Polizei begleitet, bis er sein Auto verlassen hatte.

Stummfilm-Programme.

Stummfilm-Programme.
Stummfilm-Programme.
Stummfilm-Programme.

Spektrale I (Hietler) gegen Normann I (Reipzig) 3:4.

Wittenberg, den 20. November.
Eine Niederlage des Wittenberger Bezirksmeisters und dennoch ein großer Tag für den Sport? Ja, denn die gedienten Leistungen sind erweislich merkwürdig, fair und hingebend. In Form, groß im Willen und in den Leistungen vorbildlich. Herrliches Fußballspiel: hatte eine ansehnliche Zuschauermenge angezogen, der ein seltener Gewinn geworden wurde.

Spektrale II — Normann Leipzig II 9:1.

Spektrale II — Normann Leipzig II 9:1.
Eine Strafe Sühnebewegung füllte der Schiedsrichter durch Herausstellung des linken Halbverteidigers. Nur der lebenden Spielern der Seite war zu verzeichnen, daß das Spiel keinen unwürdigen Ausgang nahm. Die bessere Spielweise brachte einen verdienten Sieg. Der Schiedsrichter war etwas fleinlich.

Handball am Büding.

Handball am Büding.
Handball am Büding.
Handball am Büding.

Der Lohnkampf im Braunkohlenbergbau

Aberfällige Belegschaftsversammlung im Braunkohlenbergbau

Die Kündigungssaktion überall im Gange

Die von den Tarifvertragschleusen zum Vortag einberufenen 200 Belegschaftsversammlungen waren sehr gut besucht. In allen Versammlungen wurde der ablehnende Standpunkt der Arbeiter scharf beurteilt. Die Haltung der Organisationsleiter während der Parteiverhandlungen wurde aufgezeigt. Eine bemerkenswerte Einschätzung ist in den meisten Versammlungen einstimmig angenommen worden. Die von den Organisationen beschlossene Kündigungsaktion, die am Montag eingeleitet ist, hat mit großer Würde eingeleitet. Schon in den ersten beiden Tagen haben in verschiedenen Betrieben die Belegschaftsmitglieder die Kündigungsaktion mit 80 Prozent unterstützt.

Die von den Tarifvertragschleusen zum Vortag einberufenen 200 Belegschaftsversammlungen waren sehr gut besucht. In allen Versammlungen wurde der ablehnende Standpunkt der Arbeiter scharf beurteilt. Die Haltung der Organisationsleiter während der Parteiverhandlungen wurde aufgezeigt. Eine bemerkenswerte Einschätzung ist in den meisten Versammlungen einstimmig angenommen worden. Die von den Organisationen beschlossene Kündigungsaktion, die am Montag eingeleitet ist, hat mit großer Würde eingeleitet. Schon in den ersten beiden Tagen haben in verschiedenen Betrieben die Belegschaftsmitglieder die Kündigungsaktion mit 80 Prozent unterstützt.

Der Lohnkampf im Braunkohlenbergbau

Aberfällige Belegschaftsversammlung im Braunkohlenbergbau

Die Kündigungssaktion überall im Gange

Die von den Tarifvertragschleusen zum Vortag einberufenen 200 Belegschaftsversammlungen waren sehr gut besucht. In allen Versammlungen wurde der ablehnende Standpunkt der Arbeiter scharf beurteilt. Die Haltung der Organisationsleiter während der Parteiverhandlungen wurde aufgezeigt. Eine bemerkenswerte Einschätzung ist in den meisten Versammlungen einstimmig angenommen worden. Die von den Organisationen beschlossene Kündigungsaktion, die am Montag eingeleitet ist, hat mit großer Würde eingeleitet. Schon in den ersten beiden Tagen haben in verschiedenen Betrieben die Belegschaftsmitglieder die Kündigungsaktion mit 80 Prozent unterstützt.

Die von den Tarifvertragschleusen zum Vortag einberufenen 200 Belegschaftsversammlungen waren sehr gut besucht. In allen Versammlungen wurde der ablehnende Standpunkt der Arbeiter scharf beurteilt. Die Haltung der Organisationsleiter während der Parteiverhandlungen wurde aufgezeigt. Eine bemerkenswerte Einschätzung ist in den meisten Versammlungen einstimmig angenommen worden. Die von den Organisationen beschlossene Kündigungsaktion, die am Montag eingeleitet ist, hat mit großer Würde eingeleitet. Schon in den ersten beiden Tagen haben in verschiedenen Betrieben die Belegschaftsmitglieder die Kündigungsaktion mit 80 Prozent unterstützt.

Der Nestlilionsfonds.

Die Braunkohlearbeiter müssen ihn aufbringen.

Unsere Mitteilungen über das Bestehen des Braunkohlearbeiterfonds beim Reichsberufungsamt sind, seine Herren Vertreter und seiner Höhe sind zum heutigen Tage seitens der Beteiligten nicht berichtigt worden.

Es ist also Tatsache, daß im städtischen Braunkohlenbergbau jährlich Hunderttausende von Wert zur Unterstützung Arbeiter- und regierungsfähigen Maßnahmen verwendet werden. Die Braunkohlearbeiter aber sind die Beiträger, denn ihnen werden die

Der Nestlilionsfonds.

Die Braunkohlearbeiter müssen ihn aufbringen.

Unsere Mitteilungen über das Bestehen des Braunkohlearbeiterfonds beim Reichsberufungsamt sind, seine Herren Vertreter und seiner Höhe sind zum heutigen Tage seitens der Beteiligten nicht berichtigt worden.

Es ist also Tatsache, daß im städtischen Braunkohlenbergbau jährlich Hunderttausende von Wert zur Unterstützung Arbeiter- und regierungsfähigen Maßnahmen verwendet werden. Die Braunkohlearbeiter aber sind die Beiträger, denn ihnen werden die

Der Nestlilionsfonds.

Die Braunkohlearbeiter müssen ihn aufbringen.

Unsere Mitteilungen über das Bestehen des Braunkohlearbeiterfonds beim Reichsberufungsamt sind, seine Herren Vertreter und seiner Höhe sind zum heutigen Tage seitens der Beteiligten nicht berichtigt worden.

Es ist also Tatsache, daß im städtischen Braunkohlenbergbau jährlich Hunderttausende von Wert zur Unterstützung Arbeiter- und regierungsfähigen Maßnahmen verwendet werden. Die Braunkohlearbeiter aber sind die Beiträger, denn ihnen werden die

Der Nestlilionsfonds.

Die Braunkohlearbeiter müssen ihn aufbringen.

Unsere Mitteilungen über das Bestehen des Braunkohlearbeiterfonds beim Reichsberufungsamt sind, seine Herren Vertreter und seiner Höhe sind zum heutigen Tage seitens der Beteiligten nicht berichtigt worden.

Es ist also Tatsache, daß im städtischen Braunkohlenbergbau jährlich Hunderttausende von Wert zur Unterstützung Arbeiter- und regierungsfähigen Maßnahmen verwendet werden. Die Braunkohlearbeiter aber sind die Beiträger, denn ihnen werden die

Der Nestlilionsfonds.

Die Braunkohlearbeiter müssen ihn aufbringen.

Unsere Mitteilungen über das Bestehen des Braunkohlearbeiterfonds beim Reichsberufungsamt sind, seine Herren Vertreter und seiner Höhe sind zum heutigen Tage seitens der Beteiligten nicht berichtigt worden.

Es ist also Tatsache, daß im städtischen Braunkohlenbergbau jährlich Hunderttausende von Wert zur Unterstützung Arbeiter- und regierungsfähigen Maßnahmen verwendet werden. Die Braunkohlearbeiter aber sind die Beiträger, denn ihnen werden die

Der Nestlilionsfonds.

Die Braunkohlearbeiter müssen ihn aufbringen.

Unsere Mitteilungen über das Bestehen des Braunkohlearbeiterfonds beim Reichsberufungsamt sind, seine Herren Vertreter und seiner Höhe sind zum heutigen Tage seitens der Beteiligten nicht berichtigt worden.

Es ist also Tatsache, daß im städtischen Braunkohlenbergbau jährlich Hunderttausende von Wert zur Unterstützung Arbeiter- und regierungsfähigen Maßnahmen verwendet werden. Die Braunkohlearbeiter aber sind die Beiträger, denn ihnen werden die

Die Auftraggeber des Verbrechertums

12 000 Kehler - Einbruch auf Bestellung - Kanada hat die wirksamste Kehlerkontrolle - Die Zukunft gehört dem „Großbetrieb“ - Der Impuls des Diebes Was wird geschehen?

Die schwebenden Angelegenheiten der letzten Zeit lenken die Aufmerksamkeit auf die höchst wichtige Organisation des Verbrechertums, das durch Auftraggeber des Verbrechens ist. Die Kriminalpolizei hat, eine erste Kontrolle auf diesem Gebiet, gemacht, indem sie im letzten Sommer folgende aufschreiende Untersuchung:

Die Frage nach dem Umfang der Diebstehle in Deutschland beantwortet Geheimrat Schmidt darin, daß im letzten, kriminalistisch erstellten Jahre ungefähr 12 000 Personen in Deutschland wegen Diebstehls verurteilt wurden, gegen etwa 18 000 im vorhergehenden Jahr.

„Die Zahl der Diebstehle ist also zurückgegangen?“
 „Ja, weil die Zahl der Einbrüche und Diebstahle niedriger geworden ist. Die Rate von Einbruch, Diebstahl und Diebstahl läuft meist parallel, was ja leicht begreiflich ist.“

„Ist die Konomie der Einbrüche erheblich?“
 „17 000 Einbrüche gegen 21 000 im Vorjahr, 78 000 Diebstahle gegen 92 000 im Jahre vorher.“

„Sie sehen, es ist ungefähr dieselbe absteigende Tendenz bei allen drei Delikten. Dieser Parallelismus ist selbstverständlich nicht nur bei uns in Deutschland zu beobachten, sondern überall. In England z. B. sind die Kurven genau so parallel, nur verlaufen sie dort zuerst in aufsteigender Richtung.“

„Sind die Frauen an der Diebstehle erheblich beteiligt?“
 „Der Prozentsatz der Frauen ist erheblich höher als bei den meisten anderen Delikten.“

„Auf drei Diebstehle kommt eine Diebstehlerin, während sonst im Durchschnitt fünf männliche Verbreiter auf eine weibliche Verbreiterin treffen.“
 „Aus welchen Kreisen rekrutiert sich das Verbrechertum?“

„Aus allen möglichen Berufsständen, so weit es sich um Gelegenheitsdiebstehle handelt. Berufsmäßige Diebstehler treiben natürlich in erster Linie gewisse „Kommissionsgeschäfte“ und Warenhändler. Die Polizei kontrolliert diese Geschäfte ständig und steht auch, wo dort nicht Diebstahl liegt, das unter Umständen ja auch vom Händler gelegentlich gefaßt worden sein kann. Am wirksamsten ist diese Kontrolle, so weit ich auf meinen Reisen feststellen konnte, in Kanada durchgeführt. Während in den meisten deutschen Städten, so weit ich im Bilde bin, der Händler ein Einkassierbuch führen muß, das die Kriminalpolizei von Zeit zu Zeit nachprüft, und das sie besonders dann einsehen, wenn gerade ein großer Diebstahl vorgefallen ist, existiert in Kanada gewissermaßen eine doppelte Buchführung.“

Jeder Einkauf wird auf Formularen mit höchst sorgfältiger Beschreibung der Ware notiert. Das Originalformular geht zur Polizei, den Zurechnungsbüchern der Händler. Die Einzelnen unterlassen aber unvorsichtiger Weise den Einkaufslisten nicht zu hoch, daß der Händler es sehr überlegt, sich ein solches Formular abgeben. Wie ja überhaupt betrübliche Polizeifragen von jeder Seite des Ozeans viel bräunlicher waren als bei uns im „Polizeistaat“ Deutschland. Immerhin wird auch in Kanada wie überall die Bekämpfung der Diebstehle oft unmöglich sein. Die Diebstehle gehören überhaupt zu den Delikten, die der Polizei besondere Schwierigkeiten machen, weil sie nachmals besonders nachweisbar sind. Man bedenke, daß in Deutschland von drei angelegten Diebstehlen nur zwei verurteilt werden, während bei allen anderen Delikten durchschnittlich von fünf Angelegten vier verurteilt werden.“

„Interessant scheint mir noch folgende Tatsache, die sich bei den Diebstehlen in England in letzter Zeit beobachten läßt. In England führt die Polizei eine Sonderstatistik über berufsmäßige Diebstehler. In Deutschland gibt es keine berufsmäßige Diebstehler, und während nun die Zahl der Verurteilungen wegen Diebstehle, also der Fälle, in England erheblich zunimmt, nimmt die Zahl der Diebstehler ganz erheblich ab. Man sieht daraus, auch in der Diebstehlsbranche besteht die Tendenz zum Kleindiebstahl zum Großdiebstahl. Die kleinen Diebheben gehen koputt, und die großen steigen immer um.“

„Daraus könnte man also schließen, daß es tatsächlich „Kleindiebstahl“ gibt, von denen so oft in Kriminalromanen die Rede ist?“

„Jawohl. Eisher gibt es auch Diebstehler. In Amerika gibt es sogar Organisationen, die mit großem Kapital arbeiten, und die in der Lage sind, ganz große Einbrüche zu finanzieren und zu bevorzugen.“

„Man darf nie vergessen, daß der Dieb der Auftraggeber der Impulsgeber des Verbrechens ist. Bei einschlägiger Betätigung zeigt sich das Bild: Zu erst kommt der Einbruch, und es folgt dann der Diebstahl der gestohlenen Sachen. Letztlich ist es in unserem Zeitalter der „raffines Organisations“ umgewandelt. Zuerst kommt der Dieb, er bestiehlt beim Einbruch den Einbruch, der dann laut geschäpfter Order am sonnigsten ausgeführt wird.“

„Und welche Objekte werden hauptsächlich gestohlen?“
 „Alles, was gestohlen wird. Wäsche; der Dieb hat einen großen Vorrat Salamiwürste, kann folgen die Einbrüche für Salamiwürste. Verlangt der Dieb Schmuckgegenstände, dann gibt es einen großen Einbruch auf einer Filmbühne. Wenn der Einbruch ausgeführt wird, hat der Dieb meist schon einen Kleineren: die Waren an der Hand, und die die Polizei

von dem Einbruch erfährt, ist die Diebesbeute oft schon in anderer oder dritter Hand.
 „Es, es ist schon vorgekommen, daß der Dieb selbst, hundert Geschäfte nicht ausgeht, keine eigene Ware, ohne es zu merken, wieder als „Kleiner“ kauft. Schätze sind eben auch nur Menschen und deshalb manchmal gestohlen.“

Mit Gas vergiftet und ausgelekt Ein Mordprozess in Düsseldorf

Vor dem Düsseldorf'schen Schöffengericht stehen zurzeit ein Johann Wilhelm Mohr, seine Witwe, die Haushälterin Frau Anna Hildebrandt und die Haushälterin Frau Anna Hildebrandt, die vergiftete Hausangestellte, die im vergangenen Herbst im März des Winter vorigen Jahres auf freiem Felde ausgelekt zu haben.
 Bei seiner Vernehmung gibt Mohr an, am 1. Dezember vorigen Jahres abends die Hausangestellte zu der er kürzlich in intimen Beziehungen stand, vor dem Gasofen seines Speisezimmers beizubehalten zu haben. Da Wiederbelebungsversuche ohne Erfolg geblieben seien, habe er mit der Haushälterin die Hausangestellte in eine Autokasse transportiert, um sie zu ihrer Mutter zu bringen. An weitere Einzelheiten will sich der Angeklagte nicht erinnern. Die Haushälterin Mohr sagt aus, sie habe vorgeschlagen, die Hausangestellte in ein Krankenhaus zu bringen. Während der Autofahrt hätte Mohr und der Chauffeur über eine

Einatmen von Leuchtgas erfolgt, aber aufgrund sei ein nach Chloroform riechendes Gas geatmet worden.
 Der Chauffeur gibt bei seiner Vernehmung an, dem Angeklagten behutsam angetrieben worden zu sein, daß es sich um eine reformierte Patientin handelte. Als die Hausangestellte vom Mohr abgeholt wurde, habe er sich zunächst keine Gedanken darüber gemacht. Erst am dem Heimweg sei ihm die Sache unheimlich erschienen und er habe darauf sofort einem Landjäger Anzeige erstattet und mit seinem Auto die Suche nach der Vermissten ermöglicht. Der Prozess wird fortgesetzt.

Schädliche Sentationsmacher.

Das Rästel von Düsseldorf ist immer noch nicht gelöst. Die Sentationsmacher Berliner Blätter hat der Polizeibeamtenschaft die Lösung der festgestellten Aufgaben außerordentlich erschwert. Es ist an der Zeit, daß man gegen derartige Sentationsmacher, die in ihrer Auswirkung noch viel schädlicher ist, als die von Berliner Sentationsmachern und demokratischen Blättern betriebene Skandal-Dege, endlich vorgeht. Der Pressefreiheit nicht widerständig ist, hat im Beruf des Journalisten nichts zu angeht auch dort gefunden. Ihr Tod sei durch

Palästina wird elektrifiziert



Ein Bild von dem Bau des Jordanstromwerkes.

England gegen den Kaffentempel in Palästina.

Jerusalem, den 21. November.
 Am Mittwoch wurde in Jaffa im Zusammenhange mit den Augustunruhen zum ersten Male ein Jude zum Tode verurteilt, der angeklagt war, die Frau eines Arabers und deren Kind ermordet zu haben. Wüher sind von der Todesstrafe ausdrücklich Araber betroffen worden, ohne daß die Urteile jedoch vollstreckt wurden.
 In Jaffa, der belagerten Kaffentempelstadt, wurden 7 Araber verhaftet, die bei der Durchführung eines arabischen gegen die Juden gerichteten Aufstandes gewalttätig mitgewirkt hätten. Es hat überaus viel Aufsehen, als ob die englischen Behörden von Palästina noch langer Unzulänglichkeit entschlossen sind, gegen den antijüdischen Boykott mit den stärksten Mitteln vorzugehen.

Schwarzrote Regierung in Baden

Die neue badische Regierung wird vom Zentrum und der Sozialdemokratie gebildet. Das Zentrum erhält das Finanz- und das Innenministerium. Die Sozialdemokratie besetzt mit dem bisherigen Innenminister Dr. Hennecke das Kultus- und das Justizministerium. Die Sozialdemokratie erhält außerdem einen Staatsrat.

Die neue Regierung wird am Donnerstag dem Landtag vorgestellt werden.

Ein Flugzeug stürzt über Neuporf ab. Ein unbekanntes Flugzeug stürzte über Neuporf ab und schlug auf das Dach des Gebäudes des Vereins der hiesigen junger Männer in der 64. Straße in der Nähe des Brodwaas auf. Ein Insasse wurde getötet. Der größte Lande in Palästina.

Keine Antragsgenehmigung für die Holzabenteiler.

Wien, 20. November.
 Die Vertreter des W.B. erfährt, dass die Verwaltungsbürokratie die Antragsgenehmigung für die deutschstämmigen Holzabenteiler und Überläufer die Entscheidung der Frage dem Räte der Volkswirtschaft. Welche Gründe für diese Entscheidung, die vollständig unerwartet kommt, vorliegen, ist nicht bekannt.
 Eine Weisheitslehre verlor. Der bekannte Armeekorpsführer L. H. H., der vor einigen Tagen schwer erkrankt war, ist in Berlin verstorben. Der Tod trat infolge Herzschwäche ein. Der Verstorbenen war schon seit Jahren nicht mehr bei hohem Bewusstsein.

Zementblöcke auf die Schienen gelegt.

Wien, ein Eisenbahn-Akten.
 In der Nacht zum Mittwoch wurde bei Braunau wieder ein Anschlag auf die Eisenbahn, der 6. in ganz kurzer Zeit, verübt. Auf der Strecke Braunau-Gambrorn legten unbekannte Täter drei Zementblöcke auf je einen halben Zentner Gewicht, die sie von der Leuchte eines benachbarten Bahnüberganges abgedeckt hatten, auf die Schienen. Der Personenzug Braunau-Gambrorn verlor die Blöcke. Die Lokomotive wurde gering beschädigt. Die Aktenstücke konnten nicht gefaßt werden.

Dampfer „Olympia“ im Seebeben

Das Erdbeben an der Ostküste Amerikas am Montag wurde auch auf dem Meer in Kenton eingetragenen Dampfer „Olympia“ verübt. Das Seebeben, das folgende Entzungen auf: Am 18. November, nachmittags 3.30 Uhr, auf 42.12 Grad nördlicher Breite und 66.56 Grad westlicher Länge wurde bei einer Geschwindigkeit von 20 Knoten, ruhiger See und demoltem dunklen Himmel

auf der Kommandobrücke eine heftige Er-
 und ein zwei Minuten dauerndes Schreien verübt. Kapitän Parter erklärte er sei im Kartenzimmer gewesen und habe sich sofort auf die Brücke begeben. Es sei vier nicht vor oder hinter dem Dampfer geschehen. Er habe zuerst geglaubt, das Schiff hätte einen Schraubenschlag erlitten, aber die Maschinen hätten ganz weitergefahren. Deshalb habe er die Befehle gegeben.

Das Schiff sei auf ein unter Wasser liegendes Wrack gestoben,
 es seien jedoch keine Wrackteile entdeckt worden. Das Schiffe sei so heftig geschüttelt, daß das elektrische Licht im Postraum erlosch und Passagiere und Steward auf das Promenadendeck stürzen, um die Ursache festzustellen. Der Anschlag im Maschinenraum habe die Empfindung gehabt, als ob die Maschinen mit Wollfaden aufeinander gesteckt worden seien. Der Maschinenchef habe geglaubt, es hätten sich die Räder losgelöst. Eine Untersuchung des Schiffsrumpfes habe aber ergeben, daß alles in Ordnung war und das Schiff keine Beschädigungen erlitten hätte. Er habe an die Möglichkeit eines Erdbebens gedacht, und diese Vermutung sei am Montagabend durch Funkprüche bestätigt worden

Auf ein Glasdach gestürzt.

Die Frau von dem Schwiegersohn.
 Im Südosten Berlins verlor eine 47-jährige Arbeiterin sich mit einem Gefallen aus dem vierten Stockwerk herab. Die Frau fiel auf das Glasdach eines Hochspannungstrahlers im zweiten Stock, wo sie zerquetscht liegen blieb. Ihr Mann ist hoffnungslos.
 Der Schwiegersohn der Arbeiterin, der seit längerer Zeit von seiner Frau getrennt lebt, suchte am Mittwoch seine Schwiegermutter auf, weil er in deren Wohnung seine Frau vermutete. Als ihm der begehrt Einlaß verweigert wurde, drohte er mit Zerschlagen, auf die letzten Unbes der Schreckensstat zurückzuführen ist.

120 000 M. erwidert. Die 40-jährige Ehefrau eines Reberer-Angestellten hat seit Anfang dieses Jahres in zwei großen Kölner Juwelengeschäften sich Waren im Wert von 120 000 M. an sich verschafft. Sie gab an, Beamten für reiche Kölner Bürger zu sein und gab auch Wechsel in Zahlung, die auf deren Namen lauteten. Anfangs löste sie diese Wechsel ein, später gelang ihr das nicht mehr. Die Juwelen wurden von der Frau zum Tode veräußert bzw. verkauft.

Michailow, der Juwelendieb

Der Einbruch in die französische Botschaft vor Gericht - Er kauft Juwelen, um seinem verhafteten Landsmann einen Streich zu spielen - Eine Emigrantentragödie - Festnahme für Michailow

Das Schöffengericht Berlin-Mitte hat den wegen Juwelendiebstahls in die französische Botschaft eingedrungenen Verurteilten, ehemaligen russischen Obersten Peter Michailow freigesprochen.

Anfang Oktober stellte der französische Vizekonsul de Margerie, als er zur Zeitnahme an dem Belegschaftsmitglied für Botschaften aus dem Urlaub zurückkam,

den Bericht von Juwelen im Werte von mindestens 80 000 Mark.
 Die Berliner Kriminalpolizei, die mit der Ermittlung des Täters betraut wurde, fand ein Fenster im Erdgeschoß geöffnet, ebenso eine Birne und daneben, als sei der Dieb bei seiner Arbeit überfallen worden, einen dem Vizekonsul gehörenden Sammelkasten. In der Birne befanden sich Schmuckstücke, die den großen Wert darstellten, fand man unter einer Leuchte versteckt.

Die waren mit Hilfe eines Nachschlüsselers an dem Schreibtisch des Vizekonsuls genommen worden.

Der Verdacht lag zunächst auf dem Chauffeur, einem ehemaligen Rittmeister der zaristischen Armee, namens Antonina. Das Personal legte ihm Spielkarten und Weibergeschichten an. Im Verlaufe eines achtstündigen Verhörs kam jedoch der Kriminalkommissar Bussdorf zu der Überzeugung, daß nicht er den jemals angelegten fingerigen Einbruch begangen haben konnte, sondern der Portier der Botschaft, der ehemalige Oberst Peter Michailow, der in Feindschaft mit Antonina lebte und die Verleumdungen über seine Person ausgesprochen hatte. Nach einem vierhündertseitigen Verhör, das man mit Michailow anstellte, bezeugte er sich zu einem Weltanbinder:
 er habe selber die Juwelen gestohlen, aber nur,

um dem verhafteten Landsmann einen Schabernack zu spielen.
 Hinterher, als Michailow aus dem Dienst der Botschaft entlassen und verhaftet war, widerrief er sein Weltanbinder.

Die Verhandlung, die sich bei Michailows Unkenntnis der deutschen Sprache sehr mühsam und unverständlich gestaltete, ergab keine Klarheit. Der Kriminalpolizei war es unmöglich gewesen, die Botschaft zu durchsuchen, wie dies erforderlich gewesen wäre. Vor Gericht aber sagte der wichtige Zeuge: Der Chauffeur, der zur Vernehmung der Zeigung Zugang zu allen Räumen der Botschaft gehabt hat, sowie die übrigen Personen im Haushalt des Vizekonsuls. Man konnte nicht zugreifen, sondern nur lauschen.

Es ist nicht einmal einwandfrei sichergestellt, ob jemand für den Verbrechen, das auf Emigrantentragödie-Geleit begangen worden ist, nachträglich zur Rechenschaft gezogen werden kann, wenn der Antrag des Vizekonsuls, das Verbrechen gegen die Überzeugung, daß Michailow, der einen recht jämmerlichen Einbruch machte, den für andere unheimlich Reibenden spielte und die Augen zum Himmel verheißte, die Tat nicht in gewöhnlicher Weise begangen habe — woraus zunächst festzustellen ist — sondern tatsächlich, um dem Chauffeur ein ungewisses Spiel zu spielen und sprach ihn deshalb frei.

Wieder, wie im Falle Drioff eine Emigrantentragödie, deren letzte Hintergründe nicht aufzuklären sind. Man hat von diplomatischen Beziehungen gemunkelt und die Affäre in Zusammenhang gebracht mit dem von jenseit der Grenze Einbruch in die italienische Botschaft, der Geheimdienstler italienisch hat. Aber in solche Geheimnisse der hohen Diplomatie vermögen deutsche Gerichte nicht eingreifen.

